

17. Wahlperiode

Antrag

der Piratenfraktion und der Fraktion Die Linke

Subventioniertes Schulessen für alle Schüler/-innen an Ganztagschulen, auch für Ober- schüler/-innen!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. ein Konzept vorzulegen, wie allen Kindern und Jugendlichen ein qualitativ hochwertiges und an den Bedarf angepasstes Mittagessen im Ganztagsbetrieb der Grundschulen (unabhängig vom Hortvertrag oder der Teilnahme am gebundenen Ganztagsbetrieb) sowie in den Schulen der Sekundarstufen I und in der Sekundarstufe II angeboten werden kann.
2. vor der Erstellung des Doppelhaushalts 2016/17 Vorschläge für die Schaffung der finanziellen Voraussetzungen zu unterbreiten, um das Mittagessenangebot für alle Schüler/-innen im Ganztagsbetrieb aller Schulstufen im gleichen Maße zu subventionieren wie das der Ganztagsgrundschulen.
3. Das Konzept soll darüber hinaus Vorschlagsvarianten enthalten, wie und in welchen zeitlichen Schritten an allen Schulen die Kostenbeteiligung der Schüler/-innen bzw. ihrer Erziehungsberechtigten für das Mittagessen reduziert und schließlich ein für sie kostenfreies Angebot für ein Mittagessen unterbreitet werden kann.

Dem Abgeordnetenhaus ist zum 30.11.2014 zu berichten.

Begründung:

Derzeit erhält ca. die Hälfte aller Grundschülerinnen und -schüler, die nicht am gebundenen oder offenen Ganztagsbetrieb teilnehmen und zum Teil nicht teilnehmen dürfen, weil ihre Erziehungsberechtigten keinen Betreuungsbedarf nachweisen und damit keinen Hortvertrag, der das Mittagessen einschließt, abschließen können, kein subventioniertes Mittagessen. Sie

müssen den vollen Preis für das Mittagessen bezahlen. Das ist den Erziehungsberechtigten nicht zuzumuten und widerspricht auch dem in § 19 Absatz 1 Satz 1 Schulgesetz formulierten Ansatz, Grundschulen grundsätzlich als Ganztagschulen zu verstehen.

An den öffentlichen Integrierten Sekundarschulen oder an einem Ganztags-Gymnasium schließen die Erziehungsberechtigten, deren Kinder ein Mittagessen einnehmen, privatrechtliche Verträge mit Essenanbietern. Sie zahlen den Vollkostenpreis des Essens, der vom Caterer vorgegeben wird. Ab dem 1. Februar 2014 sind an allen Schulen Preiserhöhungen erfolgt. Für eine Familie mit zwei oder drei Kindern kommt es letztlich zu monatlichen Zahlungen von 100 bis 140 bzw. von 150 bis 210 € pro Monat. Für Eltern mit geringem Einkommen ist das eine hohe Mehrbelastung. Daher entscheiden sich viele Eltern, ihre jugendlichen Kinder nicht am Essen teilnehmen zu lassen. Dies führt dazu, dass die Schülerinnen und Schüler, mit wenigen Euros ausgestattet, sich mit ungesundem sehr billigem Mittagessen, in der Regel mit Döner, Pizza, Pommes Frites oder ähnlichem Fast-Food, zufrieden geben müssen, was langfristig nicht nur ihre Gesundheit belastet, sondern auch ihre Lernerfolge beeinträchtigt.

Das Land Berlin bezuschusst das Mittagessen an der Sekundarstufe I und II mit keinem Cent, obwohl der Senat sich seit 2004 auch hier für den Ausbau des Ganztags einsetzt. Bis heute liegt kein Konzept für eine gesicherte Essenversorgung an Sekundarschulen und Gymnasien vor. Es fehlen bis heute rechtliche Grundlagen für eine vernünftige Finanzierung des Mittagessens, das zweifelsfrei zum Bildungsangebot des Landes Berlins gehören muss. Das Bekenntnis des Senats, eine Subventionierung sei „nicht vorgesehen“ (vgl. Kleine Anfrage, Drs. 17/11766, S. 3) und die fehlende Begründung zeugen von einer hohen Verantwortungslosigkeit bezüglich der gesunden Ernährung von jugendlichen Schülerinnen und Schülern, die die Grundschule verlassen haben.

Der Ausschluss von Grundschülerinnen und -schülern ohne Hortvertrag und der Schülerinnen und Schüler der ISS und Gymnasien vom subventionierten Mittagessen stellt eine Ungerechtigkeit dar, die nicht stichhaltig begründbar ist. Zwar werden in der Grundschule die „Weichen für eine gesunde Ernährung“ gestellt, aber auch Schüler/-innen ab der 7. Klasse, Kinder und Jugendliche in der Pubertät, haben einen ganz besonderen alters- und leistungsgerechten Bedarf an einer gesunden Ernährung. Außerdem sind ein regelmäßiges und gesundes Mittagessen sowie eine Gesundheits- und Ernährungserziehung im Jugendalter genauso notwendig wie im Kindesalter.

Wenn berücksichtigt wird, dass Studierende in den Mensen des Studentenwerks Berlin ein vom Land Berlin subventioniertes Essen erhalten, so ist festzustellen, dass zwischen dem Abschluss der Grundschule und der Aufnahme eines Studiums eine Gerechtigkeitslücke herrscht, die dieser Antrag zu beheben versucht.

Berlin, den 26.05.2014

Delius Herberg
und die übrigen Mitglieder
der Piratenfraktion

U. Wolf Kittler
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion Die Linke